

Kommentar

Ein cleverer Schachzug der neuen Verteidigungsministerin

Nun geht es um alles oder nichts. Schlägt die Kampfjetbeschaffung wie beim Gripen erneut fehl, wird die Schweiz in absehbarer Zeit keine Luftverteidigung und keine Luftpolizei mehr haben. Um dieses sicherheitspolitische Schreckensszenario zu vermeiden, hat Verteidigungsministerin Viola Amherd ein ungewohntes Vorgehen gewählt: Noch bevor sie dem Bundesrat einen Antrag für das weitere Vorgehen unterbreitet, präsentiert sie der Öffentlichkeit drei von ihr in Auftrag gegebene Berichte.

Die Verteidigungsministerin handelt erfreulich transparent – und greift gleichzeitig der Diskussion im Bundesrat vor. Denn die übrigen Regierungsmitglieder werden sehr gute Argumente vorbringen müssen, um das durch Amherd öffentlich vorgespurte Vorgehen noch abzuändern. Ihr Vorgänger Guy Parmelin wird wohl weiterhin an der Version festhalten, Jets und Luftabwehr in einem Kredit zu beschaffen. Doch dies dürfte im Bundesrat chancenlos sein.

Spätestens seit den ablehnenden Vernehmlassungsantworten war klar, dass ein Gesamtpaket aufgrund seines Umfangs von acht Milliarden Franken nur schwer vermittelbar ist. Der von Amherd öffentlichkeitswirksam beauftragte Sympathieträger Claude Nicollier rät ebenfalls zur Aufteilung des Pakets, und die Bundesrätin wird das wohl tun.

Auch wenn es Argumente dafür gibt, die aufeinander abgestimmten Waffensysteme in einer Vorlage zu beschaffen, ist ein separates Vorgehen richtig, denn der Kauf neuer Kampfjets führt in der Schweiz traditionsgemäss zu besonders intensiven, emotional aufgeladenen Debatten. Da macht es Sinn, die beiden Geschäfte gesondert zu behandeln und für die weniger



Daniel Foppa
Ressortleiter Inland

umstrittene Luftabwehr das ordentliche Vorgehen über ein Rüstungsprogramm zu wählen.

Für die Jets ist hingegen ein referendumsfähiger Planungsbeschluss der richtige Weg. Das Volk soll sich wie bei den letzten beiden Flugzeugbeschaffungen äussern können. Die Typenwahl sollte indes Sache der Experten sein und wie vom Parlament gewünscht erst nach dem Urnengang erfolgen. Der Fall Gripen hat gezeigt, wie stark Lobbyisten bei einer Abstimmung mitmischen, wenn diese an einen bestimmten Flugzeugtyp gekoppelt ist.

Bei der gescheiterten Beschaffung des schwedischen Jets ist so manches schiefgelaufen. Trotzdem ist den Experten des Bundes zuzutrauen, dass sie dem Bundesrat den für das Land geeignetsten Kampfjet vorschlagen werden. Berücksichtigt werden sollte bei der Typenwahl jedoch, dass eine Luftwaffe der Zukunft stärker mit den Nachbarländern kooperieren muss. Sicherheitspolitik im Europa des 21. Jahrhunderts kann nur international konzipiert sein – was ganz besonders für die Luftüberwachung und die Luftverteidigung gilt.

Speziell bemerkenswert ist schliesslich der Bericht zu den Offsetgeschäften. Dessen Verfasser Kurt Grüter legt nachvollziehbar dar, dass von einer 100-prozentigen Kompensation der Beschaffung durch Gegengeschäfte abgesehen werden soll: Offsetgeschäfte verteuern den Kauf für den Staat, während der Nutzen für die Industrie oft fraglich ist. Zudem sind sie mit einem Korruptionsrisiko verbunden.

Auch im Bereich Offset kann erwartet werden, dass Amherd der vernünftigen Empfehlung trotz Widerständen aus der Industrie zumindest in Teilen folgt. Denn sie weiss: Die einst vorbehaltlose Unterstützung für Armeevorlagen ist Geschichte. Wer auch in den Städten und in der lateinischen Schweiz Mehrheiten für ein milliardenteures Rüstungsgeschäft finden will, muss es sehr gut begründen. Der neuen Verteidigungsministerin ist dies zuzutrauen.

Ja zum Ende der Paketlösung

Reaktionen Die Auftrennung der Beschaffung in Kampfjets und Flugabwehr wird begrüsst.

In ersten Reaktionen zu den Zusatzberichten findet die Auftrennung der Beschaffung von Kampfjets und Flugabwehr einhellig Anklang. Der Bericht von Claude Nicollier empfiehlt, von der Paketlösung Abschied zu nehmen. Die Partei von Verteidigungsministerin Viola Amherd ist voll des Lobes für das Vorgehen ihrer Bundesrätin: Mit den nun vorliegenden Berichten sei ein wichtiger Grundstein zur Erneuerung der Luftwaffe geschaffen worden. Insbesondere begrüsst die CVP, dass ein referendumsfähiger Planungsbeschluss nur für die Kampfjets vorgelegt werden soll. Dies habe sie bereits in der Vernehmlassung gefordert

Auch die Sozialdemokraten finden das Vorgehen in dieser Frage sinnvoll. Dass am «sicherheitspolitisch untauglichen Konzept der verfrühten Beschaffung superteurer Hightech-Kampfflugzeuge» festgehalten wird, enttäuscht die SP hingegen. Für die Luftpolizei brauche es keine Hochleistungsjets, schrieb sie gestern in einer Medienmitteilung. Einfache, robuste und leichte Kampfflugzeuge seien besser verfügbar und genügsamer in der Wartung. Eine Volksabstimmung ohne

Typenentscheid kommt für die SP nicht infrage.

Wenig Gnade findet Claude Nicolliers Vorschlag, den Kampfjetentscheid ohne Typenwahl an die Urne zu bringen, bei den Grünen und der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA). Dieser sei «eindeutig politisch», sind die Grünen überzeugt. Die Bevölkerung habe sich gegen den Kauf des Gripen entschieden. Nun solle der Bundesrat einen Blankocheck für den Flugzeugkauf erhalten. Das widerspreche demokratischen Grundsätzen. Die Auftrennung der Beschaffung begrüssen die Grünen, finden den Kauf von 40 Kampfjets aber unverhältnismässig. Heute sei die Schweiz mit anderen Bedrohungen konfrontiert.

Für die Schweizerische Offiziersgesellschaft (SOG) zeichnet sich dank der Zusatzberichte eine zeitgerechte und mehrheitsfähige Lösung ab. Die Offiziere erachten es als wichtig, dass bis im Herbst 2020 eine Referendumsabstimmung über die Kampfjets stattfindet. Nur so sei der Zeitplan einzuhalten. Die Beschaffung von 40 Flugzeugen sei ausserdem lediglich die Minimalvariante. (sda/red)



Manchmal hält sie den Soldaten sogar das iPhone beim Selfie-Termin: Verteidigungsministerin Viola Amherd (CVP) auf Truppenbesuch.

Ins Amt geschlichen

Armee Auf Viola Amherd lasten riesige Erwartungen. Still und leise hat sie begonnen, Dass sie sich trotz Schwierigkeiten mit der Aufgabe anfreunden konnte, hat auch mit

Christoph Lenz

Kampflos wollte sie ihr Schicksal nicht hinnehmen. Als der Bundesrat im letzten Dezember die Departementsverteilung vornahm und Viola Amherd erkannte, dass für sie nur das Verteidigungsdepartement (VBS) übrig bleiben würde, verlangte sie eine Abstimmung. Nicht um den Entscheid abzuwenden, sondern um Transparenz herzustellen. Wenn ihre Kollegen ihr diesen Job schon aufbrummen, dann sollte dies wenigstens erkennbar sein. Das VBS, eine Strafaufgabe. So schildern es bundesratsnahe Quellen.

Knapp fünf Monate später sitzt Viola Amherd in einer Berner Medienkonferenz und spricht so routiniert über ihr wichtigstes Projekt, den Kauf neuer Kampfjets, dass man vergessen könnte, welche Zäsur ihr Amtsantritt bedeutete. Für Viola Amherd selbst; nach dreizehn Jahren im Bundeshaus befand sich die Oberwalliserin eigentlich schon auf dem Heimweg Richtung Lötschberg, als sie am 5. Dezember zur Nachfolgerin von Doris Leuthard gewählt wurde. Mit der Armee hatte sie sich nie beschäftigt. «Das Militär ist für mich Neuland», sagte sie der «Schweizer Illustrierten».

Eine Zäsur war Amherds Amtsantritt aber ebenso sehr für das VBS. Der Departementschef gehört erstmals seit fast 25 Jahren nicht der SVP an, hat erstmals seit Menschengedenken keine Erfahrung im Wehrdienst und ist erstmals überhaupt eine Frau.

Trotzdem oder gerade deshalb waren die Erwartungen an Viola Amherd besonders gross. Endlich eine wahre Aussenperspektive. Eine Chefin ohne Seilschaften und Stallgeruch.

Aufräumen und durchgreifen müsse sie, fanden die einen. Die anderen hofften auf einen bürgerlichen Schulterchluss und eine stärkere Armee. Doch was will Viola Amherd? Was bedeutet das für die Armee? Und was für die Schweiz?

Tastend zum Kampfjet-Entscheid

Die Fragezeichen haben sich noch nicht restlos aufgelöst. Das hängt stark mit Amherds Stil zusammen. Er zeigt sich im Direktvergleich mit Karin Keller-Sutter besonders pointiert: Die FDP-Justizministerin betrat das Bundesratszimmer im Januar mit einem bedingungslosen Machtanspruch. Sie zieht alle Aufmerksamkeit auf sich und gibt der Regierung die Linie vor. Mitunter indem sie Bundesratsbeschlüsse in Interviews bereits vorwegnimmt.

Demgegenüber ist Viola Amherd gleichsam ins Amt geschlichen. Öffentliche Auftritte waren selten, ihre Äusserungen reserviert. Die traditionelle 100-Tage-Medienkonferenz liess die Walliserin ausfallen. Es gebe nichts zu sagen, erklärte man im Departement. Als der Armeechef seinen gesundheitsbedingten Rücktritt bekannt gab, sass Amherd ein bisschen verloren daneben.

Auch an ihr wichtigstes Dossier, den Kauf neuer Kampfjets, tastete sie sich

mit grösster Behutsamkeit heran. Als der Zeitplan Entscheide von ihr verlangte, bestellte sie Zweitmeinungen von externen Experten. Die gestern präsentierten Berichte bestätigen das bisherige Fundament des Beschaffungsprozesses.

Hat sie den Experten in ihrem Departement misstraut? Oder wollte sie nur Zeit gewinnen? Beides falsch, sagt Viola Amherd. «Wenn wir das Volk vom Kauf neuer Kampfjets überzeugen wollen, braucht es glaubwürdige Grundlagen und Transparenz. Interne Studien haben immer den Anschein der Parteilichkeit.» Doch selbst jetzt will Amherd sich noch nicht festlegen, wie viel Geld sie für neue Kampfjets fordert und welche Vorlage das Volk dereinst beurteilen darf. Vor den Sommerferien wolle sie entscheiden, sagt Amherd. Sie strebe eine Volksabstimmung im zweiten Halbjahr 2020 an.

Aber Stille und Stillstand dürfen nicht verwechselt werden. Amherd hat bereits einige kleinere Signale ausgesandt, die grössere Veränderungen ankündigen. Ein besonderes Anliegen ist ihr die Integrität ihrer Mitarbeiter: Armeekadern ist es jetzt untersagt, sich an Lobbyanlässen von Kampfjetherstellern verwöhnen zu lassen. Den Kommandanten wurde vom Armeechef persönlich eingeschärft, ihre Truppen auf mögliche Interessenkonflikte hin zu überprüfen.

«Viola Amherd war schon immer eine – im positiven Sinne – Leisetreterin», sagt CSP-Nationalrat Karl Vogler, einer